

Ab 2017 mehr Pensionierungen als Eintritte ins Erwerbsleben

Die demografische Alterung der öö. Bevölkerung hat entscheidenden Einfluss auf die Wachstumsperspektiven des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. Die Abfederung und Kompensation der Auswirkungen des demografischen Wandels gehört zu den Kernaufgaben einer modernen Wirtschaftspolitik. Die OÖW stellt daher in Kooperation mit der Statistikabteilung des Landes die Facetten des Wandels und mögliche Handlungsalternativen für Unternehmen vor.

Die demografische Entwicklung wird in den nächsten Jahrzehnten zu einer deutlichen Veränderung der Struktur der Erwerbsbevölkerung führen. Die Bemühungen der Bundesregierung, ältere Arbeitskräfte länger im aktiven Erwerbsleben zu halten, sowie die schrittweise Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsantrittsalter zeigen erste Erfolge. So konnte die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen Menschen kontinuierlich erhöht werden.

Der Anteil der jungen Arbeitskräfte zwischen 15 und 24 Jahren wird altersstrukturell und bedingt durch einen längeren Verbleib im Bildungssystem von derzeit 99.400 Erwerbstätigen auf 74.700 im Jahr 2031 um 24.700 Perso-

nen zurückgehen. Danach werden stärker besetzte Altersjahrgänge zu einer leichten Zunahme der Erwerbspersonen führen.

Gleichzeitig wird die Zahl der älteren Erwerbstätigen zwischen 55 und 64 Jahren bis 2025 von gegenwärtig 92.700 um 27.600 Personen oder 29,8 Prozent auf 120.300 Personen steigen. Anschließend ist diese Entwicklung wieder leicht rückläufig. Verantwortlich dafür ist das sukzessive Durchlaufen dieser Altersklasse durch die Baby-Boomer.

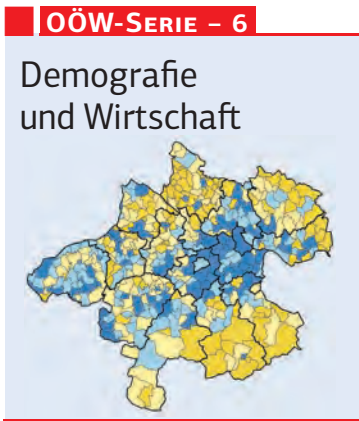
Die Gegenüberstellung der beiden Erwerbsgruppen zeigt, dass es bereits ab 2017 mehr ältere als junge Arbeitskräfte geben wird. Wenn es nicht gelingt, die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen weiter zu erhöhen, wird es

ab nächstem Jahr zu mehr Aus-
tritten als Neueintritten in den
aktiven Arbeitsmarkt kommen.

Mögliche Gegenmaßnahmen

Die Arbeitsmarktpolitik soll auch in Zukunft nach dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ ausgerichtet sein. Die arbeitsmarktpolitischen Aufgaben können nur dann bewältigt werden, wenn auch andere zentrale Politikbereiche, wie insbesondere Bildungs-, Gesundheits-, Familien-, Standort-, F&E-Politik, ihrer Verantwortung nachkommen:

- ▶ Um Jugendliche bestmöglich auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, muss das Bildungssystem besser mit der Arbeitsmarktnachfrage abgestimmt werden. Die Senkung der Quote der Schulabbrecher, die Erhöhung des Ausbildungsniveaus der Jugendlichen sowie deren Unterstützung bei der Berufsorientierung sind nur einige der wichtigen Themen.
- ▶ Bei den älteren Arbeitnehmern geht es darum, die Arbeitsfähigkeit durch gesundheits-



verträgliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen länger zu erhalten.

- ▶ Gleichzeitig muss die Beschäftigungsfähigkeit durch entsprechende berufliche Fort- und Weiterbildungsangebote gewährleistet werden.
- ▶ Um den altersstrukturell bedingten Rückgang junger Arbeitnehmer abzufedern, braucht es eine verstärkte Rekrutierung höher qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland.

Ende der Serie

